



HESSISCHER LANDTAG

26. 01. 2016

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Nahverkehr stärken, Angebot ausbauen, Preise senken - neue Finanzierungsmöglichkeiten für Bus und Bahn schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Mobilität wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner Hessens sollten auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil sein. Dazu bedarf es eines deutlich besseren Angebotes mit einem verlässlichen und dichten Takt auch auf dem Land. Die Fahrpreise müssen deutlich niedriger sein, um mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen und die Fahrzeuge in der Fläche besser auszulasten.
2. Der Landtag bekundet, dass die Bemühungen um die Reduzierung von Treibhausgasen drastisch intensiviert werden müssen, um die vereinbarten Klimaschutzziele noch zu erreichen. Dabei spielt der Verkehrssektor eine zentrale Rolle. Der Anteil der mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Rad und im Nahbereich auch zu Fuß zurückgelegten Wege muss erheblich gesteigert werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) für die gesellschaftliche Entwicklung in Hessen sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht von größter Bedeutung ist. Die Gewährleistung eines ausreichenden Angebotes auch im öffentlichen Personennahverkehr ist deshalb Bestandteil der Daseinsvorsorge und im gesamtgesellschaftlichen Interesse.
4. Der Landtag stellt darüber hinaus fest: Diese Ziele, die Attraktivitätssteigerung und der Ausbau des ÖPNV bei gleichzeitig sinkenden Fahrpreisen, sind nur zu vereinbaren, wenn die bisherige Unterfinanzierung beendet und neue Wege der Nahverkehrsfinanzierung eingeschlagen werden. Denkbar wäre zum Beispiel eine Nahverkehrsabgabe wie die französische *versement transport*, die Kommunen zweckgebunden für Investitionen und Betrieb des ÖPNV von Arbeitgebern erheben können. Dadurch sind die Fahrscheine im ganzen Land deutlich preiswerter, in rund 20 französischen Verkehrsverbänden sogar kostenlos.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern für die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, bestehend aus Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden aus dem Bereich des öffentlichen Personenverkehrs, des Verbraucherschutzes und des Umweltschutzes, einzusetzen, die Konzepte einer grundlegenden Reform der Finanzierung des ÖPNV erarbeitet. Ziel soll dabei ein sowohl in Ballungszentren als auch in ländlichen Räumen attraktives Angebot des ÖPNV sein. Zu prüfen sind von dieser Arbeitsgruppe auch alternative Finanzierungsmodelle wie eine von Unternehmen zu zahlende Nahverkehrsabgabe. Die Arbeitsgruppe soll gegebenenfalls erforderliche Anpassungen von Bundes- oder Landesgesetzen benennen, damit diese oder andere alternative Finanzierungsmodelle auf Landes- oder kommunaler Ebene eingeführt werden können.
6. Kurzfristig wird die Landesregierung aufgefordert, die hessischen Kommunen bei lokal oder regional begrenzten Pilotprojekten für deutlich reduzierte Fahrpreise zu unterstützen. Ferner soll die Landesregierung untersuchen und dem Landtag berichten, welche Möglichkeiten bestehen, den Kommunen beispielsweise durch ein Landesgesetz die Möglichkeit einzuräumen, eine Nahverkehrsabgabe als lokal respektive regional einsetzbares Finanzierungsinstrument zu erheben.

Wiesbaden, 26. Januar 2015

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler